

## **Bilanz der Koalition SPÖ-ÖVP, 2008-2013: Die Umsetzung von Wahlversprechen**

Die wichtigsten Studienergebnisse im Überblick:

- Die Bundesregierung Faymann-Spindelegger hat 55% ihrer Wahlversprechen zumindest teilweise erfüllt.
- Der ÖVP ist es gelungen prozentuell mehr Wahlversprechen umzusetzen (61%) als der SPÖ (56%). Die Partei hat sich jedoch bei der Abgabe von Wahlversprechen vergleichsweise zurückgehalten: 69 Wahlversprechen kamen von der ÖVP; 144 Wahlversprechen von der SPÖ.
- Die wichtigsten Einflussfaktoren bei der Umsetzung von Wahlversprechen sind: Konsens zwischen den Regierungsparteien, Aufnahme von Wahlversprechen in Koalitionsabkommen, Wahlversprechen über die Beibehaltung des Status quo

Die letzte Woche vor der Nationalratswahl am 29. September hat bereits begonnen und die Parteien versuchen noch einmal mit Wahlversprechen aller Art ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die SPÖ verspricht beispielsweise Maßnahmen um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die ÖVP verspricht ein Programm zur Entfesselung der Wirtschaft.

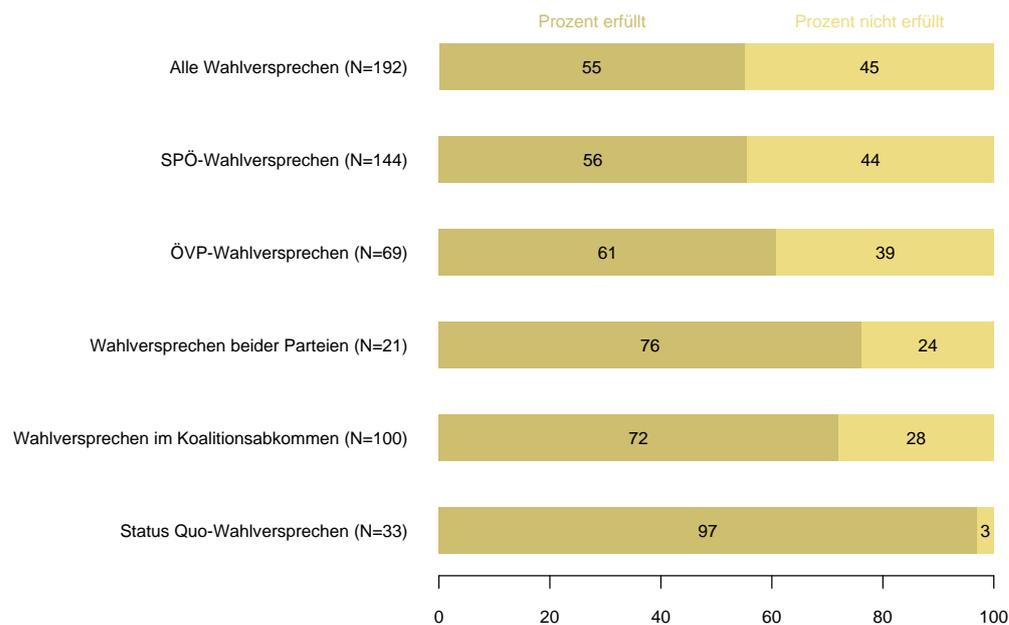
Doch welche Bedeutung haben diese Versprechungen ab dem 1. Tag nach der Nationalratswahl? Streben künftige Regierungsparteien nach der Umsetzung ihrer Vorschläge? Oder ist es letztlich irrelevant welche Partei man am Wahltag unterstützt? Diesen Fragen gehen Katrin Schermann und Laurenz Ennser-Jedenastik vom Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien im Rahmen der Österreichischen Nationalen Wahlstudie (AUTNES) nach und kommen dabei zu folgendem Ergebnis: Es zahlt sich aus, sich im Vorfeld über das politische Angebot der Parteien zu informieren. Die Koalitionsregierung Faymann-Spindelegger hat rund 55% ihrer Wahlversprechen umgesetzt. „Damit liegt die Bundesregierung im europäischen Schnitt bei der Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen.“ kommentiert Schermann das Ergebnis. Ennser-Jedenastik dazu: „In Koalitionsregierungen müssen Parteien immer Kompromisse eingehen - niemand kann je 100 Prozent seiner Forderungen umsetzen.“

**Die Wahlversprechen 2008.** Die Studie überprüfte alle Wahlversprechen, die die beiden späteren Regierungsparteien SPÖ und ÖVP im Jahr 2008 in ihren Wahlprogrammen formuliert haben. Ein Wahlversprechen ist eine konkrete Forderung einer Maßnahme (z.B.: Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten) oder eines Ergebnisses (z.B.: Senkung Armutsgefährdung kinderreicher Familien), dessen Umsetzung nach Ablauf der Legislaturperiode objektiv beurteilt werden kann. Die „Bilanz der Koalition SPÖ-ÖVP, 2008-2013“ stützt sich somit ausschließlich auf Wahlversprechen, die die Parteien im Vorfeld der Nationalratswahlen 2008 schriftlich in ihren Wahlprogrammen abgegeben haben und die eine werturteilsfreie Überprüfung hinsichtlich ihrer Umsetzung ermöglichen.

In ihrem 40-seitigen Wahlprogramm „Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Nationalratswahl 2008“ gab die SPÖ 144 Wahlversprechen ab. Die ÖVP versprach auf dem 25 Seiten umfassenden Wahlprogramm „Neustart für Österreich!“ 69 verschiedene Maßnahmen und Ergebnisse. 21 Vorschläge für Österreich fanden sich sowohl bei der SPÖ als auch bei der ÖVP. Damit testete die Studie 192 unterschiedliche Wahlversprechen auf ihre Umsetzung. Die Überprüfung der Vorschläge erfolgte auf Basis von Informationen des Rechtsinformationssystem (RIS) des Bundeskanzleramts, Parlamentsdokumenten sowie der aktuellen Medienberichterstattung. Auch teilweise erfüllte Wahlversprechen, beispielsweise eine Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsquote in einem geringeren Ausmaß als angedacht, wurden zu Gunsten der Parteien als erfüllt gewertet.

**Die Umsetzung von Wahlversprechen, 2008-2013.** Von den 192 unterschiedlichen Wahlversprechen hat die Regierung Faymann-Spindelegger während der vergangenen Legislaturperiode 55% zumindest teilweise umgesetzt. Die ÖVP konnte 61% ihrer Wahlversprechen umsetzen, der SPÖ gelang dies in 56% der Fälle. Ob es den Parteien gelingt ihre Wahlversprechen in die Tat umzusetzen hängt vor allem auch vom Koalitionspartner ab. Sind sich beide Partner in Bezug auf eine Forderung einig oder konnte während den Koalitionsverhandlungen Einigung erzielt werden, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Forderung auch tatsächlich verwirklicht wird. „Koalitionsverhandlungen stellen die Weichen für die zukünftige Regierungspolitik. Ein Erfolg am Verhandlungstisch lässt die Chancen auf die Durchsetzung des eigenen Wahlversprechens stark ansteigen,“ so die Staatswissenschaftlerin Schermann. Aber auch der Inhalt eines Wahlversprechens bestimmt dessen Erfolgswahrscheinlichkeit. Staatswissenschaftler Ennser-Jedenastik: „Unsere Studienergebnisse zeigen deutlich, dass Wahlversprechen, die die Beibehaltung der aktuellen Gesetzeslage versprechen, so gut wie nie gebrochen werden. Die Veränderung

des Status quo gegen den Willen des Koalitionspartners ist ein schwieriges Unterfangen.“ Das hat auch Auswirkungen auf den aktuellen Wahlkampf: Die SPÖ verspricht, dass sie das Frauenpensionsalter nicht anheben wird, die ÖVP, dass mit ihr die Erbschafts- und Schenkungssteuern nicht wieder eingeführt werden. Sollten diese Parteien nach dem 29. September wieder an einer Regierung beteiligt sein, dann haben diese beiden Forderungen besonderes politisches Gewicht.



**Ein Blick zurück, 2000-2008.** Wie schneidet die Regierung Faymann-Spindelegger im Vergleich zu den Regierungen in den vergangenen Legislaturperioden ab? Mit einer Erfüllungsquote von 57% zumindest teilweise erfüllten Wahlversprechen konnte das Kabinett Schüssel II (ÖVP-FPÖ/BZÖ) vielen einstigen Wahlversprechen auch Taten folgen lassen. Die vorzeitig beendeten Koalitionsregierungen Schüssel I (ÖVP-FPÖ) und Gusenbauer (SPÖ-ÖVP) kamen auf Quoten von 38% beziehungsweise 48%. Die StudienautorInnen kommen zu dem Schluss, dass Parteien versuchen ihre Wahlversprechen umzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies gelingt, hängt maßgeblich vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und der Verteilung der Ministerien, der Art der Wahlversprechen (Versprechen über die Beibehaltung der aktuellen Gesetzeslage) und der Dauer der Regierungsperiode ab.

Die Studie, basierend auf einer Analyse von mehr als 1,100 Wahlversprechen, erscheint 2014 unter dem Titel „Coalition Policy Making under Constraints: Examining the Role of Preferences and Institutions“ in der führenden politikwissenschaftlichen Fachzeitschrift *West European Politics*.

**Informationen zu den StudienautorInnen:**

**Katrin Schermann** ist Projektmitarbeiterin bei AUTNES und am Sonderforschungsbereich (SFB 884: C1) Politische Ökonomie von Reformen der deutschen Universität Mannheim. Ihr Forschungsinteresse umfasst Wahlforschung, Parteienwettbewerb, Parteiensysteme, Reformprozesse.

**Laurenz Ennser-Jedenastik** ist Erwin-Schrödinger-Fellow an der Universität Leiden (Niederlande). Er forscht zu Parteien, Postenbesetzungen, Koalitionspolitik und staatlicher Regulierung in Österreich und im europäischen Vergleich.

**Informationen zum Forschungsnetzwerk AUTNES:**

AUTNES (Austrian National Election Study) ist ein nationales Forschungsnetzwerk, das sich mit der umfassenden sozialwissenschaftlichen Analyse der österreichischen Nationalratswahlen befasst. Es besteht seit 2009 und stellt die erste akademische Wahlstudie in Österreich überhaupt dar. In drei Teilprojekten erforschen rund 20 WissenschaftlerInnen an der Universität Wien Wahlverhalten, Parteistrategien und die mediale Politikvermittlung im Wahlkampf. AUTNES wird vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich (FWF) finanziert (Projektnummer: S109-G11). Mehr Informationen auf [www.autnes.at](http://www.autnes.at).

**Kontakt:**

Mag. Katrin Schermann  
Institut für Staatswissenschaft  
Universität Wien  
Pratergasse 9 | 1090 Wien  
E-Mail: [katrin.schermann@univie.ac.at](mailto:katrin.schermann@univie.ac.at)  
Telefon: +43 - 1 - 4277 - 497 16